

**RS OGH 1991/6/6 6Ob557/91,  
9Ob246/97k, 3Ob117/99y,  
3Ob187/00x**

JUSLINE Entscheidung

© Veröffentlicht am 06.06.1991

## Norm

JN §104 Abs3

ZPO §451

## Rechtssatz

Im bezirksgerichtlichen Mahnverfahren ist der schriftliche Einspruch des Beklagten gegen den Zahlungsbefehl, selbst wenn er bereits ein Sachgegendvorbbringen mit Beweisanboten enthält, noch keine Streiteinlassung im Sinn des § 104 Abs 3 JN. Hier erfolgt eine Heilung der Unzuständigkeit des Gerichtes erst durch qualifizierte Sacheinlassung des Beklagten bei der ersten mündlichen Streitverhandlung oder in einem vorher aufgetragenen vorbereitenden Schriftsatz.

## Entscheidungstexte

- 6 Ob 557/91  
Entscheidungstext OGH 06.06.1991 6 Ob 557/91  
Veröff: EvBl 1992/8 S 29 = JBl 1992,331 (Pfersmann)
- 9 Ob 246/97k  
Entscheidungstext OGH 25.02.1998 9 Ob 246/97k  
Beisatz: Da für die Frage, bis zu welchem Zeitpunkt die Einrede des Mangels der internationalen Zuständigkeit erhoben werden kann, das inländische Recht maßgebend ist, stellt daher der - wenn auch begründete - Einspruch der Beklagten gegen den Zahlungsbefehl auch keine zuständigkeitsbegründende Einlassung iS Art 18 LGVÜ dar. (T1)
- 3 Ob 117/99y  
Entscheidungstext OGH 24.11.1999 3 Ob 117/99y  
Auch; Beisatz: In § 104 Abs 3 JN ist allerdings keineswegs von einem aufgetragenen Schriftsatz die Rede, vielmehr ergibt sich aus der Zitierung des § 74 ZPO im Zusammenhang mit dem Vorbringen zur Sache, dass es nicht auf das Vorbringen in der mündlichen Streitverhandlung ankommen kann. (T2) Beisatz: Auch die Einlassung des Beklagten auf das Verfahren mit einem vom Gericht freigestellten vorbereitenden Schriftsatz, in dem er unter anderem die Klagsforderungen in der Hauptsache anerkennt, das Zinsenbegehren aber teilweise bestritten hat, ist als Einlassung auf das Verfahren zu beurteilen. (T3); Veröff: SZ 72/193
- 3 Ob 187/00x  
Entscheidungstext OGH 20.09.2000 3 Ob 187/00x  
nur: Im bezirksgerichtlichen Mahnverfahren ist der schriftliche Einspruch des Beklagten gegen den Zahlungsbefehl, selbst wenn er bereits ein Sachgegendvorbbringen mit Beweisanboten enthält, noch keine Streiteinlassung im Sinn des § 104 Abs 3 JN. (T4); Beisatz: Auch außerhalb des Mahnverfahrens erfolgt durch einen weder aufgetragenen noch freigestellten vorbereitenden Schriftsatz des Beklagten, selbst wenn er bereits ein Sachgegendvorbbringen enthält, keine Heilung der Unzuständigkeit. (T5)

## European Case Law Identifier (ECLI)

ECLI:AT:OGH0002:1991:RS0041539

## Dokumentnummer

JJR\_19910606\_OGH0002\_0060OB00557\_9100000\_001

**Quelle:** Oberster Gerichtshof (und OLG, LG, BG) OGH, <http://www.ogh.gv.at>

© 2026 JUSLINE

JUSLINE® ist eine Marke der ADVOKAT Unternehmensberatung Greiter & Greiter GmbH.

[www.jusline.at](http://www.jusline.at)